Sommer | 12

> Berlin aktuell

Zur Arbeit von Ingbert Liebing

Redaktion: Sophie Brachvogel

Für die Mitglieder und Freunde der CDU in Nordfriesland und Dithmarschen Nord

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

hinter uns liegen turbulente Wochen. Nach einem intensiven Wahlkampf hat die CDU es leider nicht geschafft, die Fortsetzung ihrer Regierungsbeteiligung zu sichern. Nun macht sich die Dänen-Ampel aus SPD, Grünen und SSW ans Werk.

In Berlin war mit Spannung nach Schleswig-Holstein geblickt worden. Nach dem Regierungswechsel in Kiel und dem weiter gestärkten rot-grünen Lager im Bundesrat wird das Regieren im Bund für uns und für Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel nicht leichter. Die besonders schwere Niederlage der CDU in Nordrhein-Westfalen hat auch in Berlin ihre Spuren hinterlassen. Dies wurde deutlich in der Entlassung von Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen. In der Sache ist diese Entscheidung nachvollziehbar, aber persönlich bedaure ich dieses Ergebnis, da ich in den vergangenen Jahren als Mitglied im Umweltausschuss sehr gut und vertrauensvoll mit Norbert Röttgen zusammen gearbeitet habe. Für unsere regionalen Themen – vom Thema CCS bis zum Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Netzausbau – war er für uns immer ein verlässlicher Partner. Ich bin sicher, dass wir in seinem Nachfolger Peter Altmaier einen genauso guten Partner bekommen haben. Er ist in der Fraktion ein politisches Schwergewicht, ich schätze seine Arbeit sehr. Die Entscheidung für den Ministerwechsel im Umweltressort ist eine Entscheidung der Kanzlerin für die Energiewende. Inzwischen habe ich ein erstes Gespräch mit dem neuen Umweltminister geführt und ihm manche unserer regionalen Interessen nahebringen können. Ich bin sicher, dass sie bei ihm in guten Händen sind.

In diesen Tagen blicken wir auch mit Spannung auf die Entwicklung in Europa und auf die Zukunft unserer Währung. Mit dem Europäischen Fiskalpakt und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) stehen zurzeit zwei große Vertragswerke im Deutschen Bundestag auf der Tagesordnung. Für den Fiskalpakt brauchen wir für eine verfassungsändernde Mehrheit auch die Opposition. Ich hoffe, dass dort die Einsicht Oberhand gewinnt, dass diese Schicksalsprojekte zur Stabilität Europas kein Feld für innenpolitische Profilierung sein können.

Persönlich bin ich zurzeit als Vorsitzender der Koalitionsarbeitsgruppe zum Thema Zukunft der ländlichen Räume mit der anspruchsvollsten Aufgabe betraut, seit dem ich dem Deutschen Bundestag angehöre. Im Auftrag der Fraktionsführungen erstellt diese Arbeitsgruppe ein Maßnahmenpaket, das die Koalitionsfraktionen am 26. Juni in ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause entgegennehmen sollen. In diesem Informationsbrief finden Sie zu diesem Thema weitergehende Berichte, auch über den großen Kongress, den wir zu diesem Thema am 11. Juni im Reichstag mit 500 Gästen und mehreren Bundesministern veranstaltet haben.

In diesen Tagen vor der Sommerpause steht auch das Thema „Betreuungsgeld“ auf der Tagesordnung des Parlaments. In der Sache bin ich vom Betreuungsgeld nicht überzeugt. 1,2 Milliarden Euro sollen eingesetzt werden, die wir mit neuen Schulden finanzieren. Es besteht die Gefahr von Fehlanreizen: insbesondere Kinder in Migranten Familien wären in einer Betreuungseinrichtung besser aufgehoben. Allerdings ist auch zu beachten: Die Einführung des Betreuungsgeldes für Kinder unter drei Jahren, die von ihren Eltern zuhause betreut werden, ist bereits geltendes Recht, eingeführt 2008 von der Großen Koalition mit Stimmen der SPD. Das Betreuungsgeld ist im Koalitionsvertrag 2009 enthalten. Sicherlich ist es in erster Linie ein Thema der CSU. Allerdings halte ich auch die Argumentation der Opposition für falsch, Eltern seien nicht in der Lage, ihre Kinder ordentlich zu betreuen und zu erziehen. 97 Prozent der Kinder unter einem Jahr werden zuhause betreut, bei den 1– und 2jährigen sind es über zwei Drittel. Deren Eltern dürfen wir nicht pauschal verurteilen, weil sie sich um ihre Kinder selbst kümmern. Für sie ist das Betreuungsgeld eine kleine Anerkennung, der ich am Ende im Parlament auch zustimmen werde.

Ich gestehe offen: Nach sehr aufregenden Monaten freue ich mich auf die parlamentarische Sommerpause. Neben etwas Erholungszeit steht dann auch viel Programm im Wahlkreis an: Ich freue mich, wenn wir uns bei der einen oder anderen Veranstaltung persönlich sehen.

Auch Ihnen wünsche ich eine erholsame Sommerpause und verbleibe

mit herzlichen Grüßen

Ingbert Liebing, MdB

Liebing engagiert für Zukunft der ländlichen Räume

Große Herausforderungen kommen in Zukunft insbesondere in Folge des demographischen Wandels auf die ländlichen Räume in Deutschland zu. Damit dort auch weiterhin Leben und Arbeiten attraktiv und eine große regionale Vielfalt in unserem Land erhalten bleibt, haben sich die Regierungsfraktionen von CDU/CSU und FDP diesem Thema in der Arbeitsgruppe "Ländliche Räume/Regionale Vielfalt“ in den vergangenen Monaten intensiv gewidmet.

Der Arbeitsgruppe gehören jeweils fünf Mitglieder von CDU, CSU und FDP an. Den Vorsitz hat Ingbert Liebing, CDU-Bundestagsabgeordneter für Nordfriesland und Dithmarschen-Nord, übernommen. Obfrau für die FDP Fraktion ist Claudia Bögel (Steinfurt); Obmann für die CSU ist der Abgeordnete für den Wahlkreis Rottal-Inn, Max Straubinger.

In jeder Berliner Sitzungswoche trafen sich die Parlamentarier an zwei Terminen unter der Leitung von Ingbert Liebing, um die wichtigen thematischen Felder der AG zu diskutieren. Zu den Sitzungen wurden Fachleute zu den vier wichtigen Schwerpunktbereichen der AG eingeladen. Deren Erfahrungen und Anregungen flossen dann auch in das Diskussionspapier der AG mit ein.

Konkret ging es in den letzten Monaten vor allem um folgende Punkte:

1. Der Schlüssel für die Stabilisierung der ländlichen Räume ist eine gesunde Wirtschaft. Daher müssen wir uns noch intensiver fragen, wie die Wirtschaft auf dem Land langfristig gestärkt werden kann. Hierzu gehört sicherlich eine effiziente Regionalförderung.
2. Die Menschen in den ländlichen Räumen klagen ganz besonders über die mangelnde Versorgung mit dem schnellen Internet. Die bisherigen Bemühungen haben nicht ausgereicht, um die ländlichen Regionen schnell und gut genug zu versorgen. Wir müssen eine digitale Spaltung Deutschlands zwischen städtischen und ländlichen Regionen verhindern.
3. Die ländlichen Räume brauchen gute Anbindungen an die großen Verkehrsachsen. Wir müssen prüfen, ob die Mittel für den Erhalt der Bundesstraßen ausreichend sind oder ob wir mehr tun können – wohlwissend, dass der Abbau der Staatsverschuldung uns Grenzen setzt. Aber der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur braucht eine größere Dynamik, gerade für die ländlichen Räume.
4. Ein zentraler Standortfaktor ist die soziale, insbesondere die medizinische Versorgung. Die Koalition geht bereits gegen den Ärztemangel auf dem Lande vor, etwa mit der Verbesserung der Vergütungsstruktur für Landärzte. Dies kann nur der erste Schritt sein. Wir müssen prüfen, ob wir beispielweise nicht stärker den Aufbau von medizinischen Versorgungszentren fördern müssen. Hierbei kann auch den Kommunen eine entscheidende Rolle zukommen.

Kongress zu ländlichen Räumen

am 11. Juni 2012 fand auf Einladung der Fraktionen von CDU/CSU und FDP der Kongress „Ländliche Räume, regionale Vielfalt – wie gestalten wir die Zukunft?“ statt.

Referenten:
Es sprachen unter anderem die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und FDP, **Volker Kauder** und **Rainer Brüderle**, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, **Gerda Hasselfeldt**, der Chef des Bundeskanzleramts, **Ronald Pofalla**,der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, **Philipp Rösler**, und der Bundesminister für Gesundheit, **Daniel Bahr**.

Thema:
Die ländlichen Räume stehen angesichts des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen, die es zu meistern gilt: Die Unternehmen brauchen genügend Fachkräfte, die medizinische Versorgung muss gewährleistet bleiben, Schulen und Kindergärten müssen für Kinder und Jugendliche erreichbar bleiben, moderne Kommunikationstechnologien müssen weiter ausgebaut werden.
Die von der christlich-liberalen Koalition eingesetzte Arbeitsgruppe „Ländliche Räume, regionale Vielfalt“ arbeitet derzeit an einem Maßnahmenplan zur Stärkung der ländlichen Räume.

Ergebnisse unter: http://www.kongress-laendliche-raeume.de/

Kongress zur Zukunft der ländlichen Räume

Ingbert Liebing, Vorsitzender der Koalitionsarbeitsgruppe „Zukunft der ländlichen Räume“ im Gespräch mit den beiden Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU, Volker Kauder, und FDP, Rainer Brüderle.

Über 500 Gäste nahmen am Kongress der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP zum Thema „Ländliche Räume, regionale Vielfalt – wie gestalten wir die Zukunft?“ im Reichstagsgebäude in Berlin teil. Der bislang erste und einzige Kongress der beiden Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag wurde von Ingbert Liebing, MdB, eröffnet und geleitet. Liebing leitet eine Koalitionsarbeitsgruppe, die seit März ein Maßnahmenprogramm zur Förderung der ländlichen Räume erarbeitet.

Auf dem Kongress stellte die Arbeitsgruppe erste Zwischenergebnisse zur Diskussion. Noch vor der Sommerpause soll der Abschlussbericht der AG von den Koalitionsfraktionen entgegengenommen werden.
Auf dem Kongress traten mit Kanzleramtschef Ronald Pofalla, Wirtschaftsminister Rösler und Gesundheitsminister Bahr drei Bundesminister sowie vier Parlamentarische Staatssekretäre und über 20 Fachreferenten in drei Modulen auf. Dies zeigt die hohe Bedeutung, die die Koalition und die Bundesregierung der Entwicklung ländlicher Räume beimisst.
In seiner Begrüßung verwies Liebing auf Veränderungen in unserem Land: „In den siebziger, achtziger und neunziger Jahren hatten wir wie selbstverständlich eine Entwicklung: Raus aus der Stadt, raus aufs Land. Die Dörfer wiesen Neubaugebiete aus, die Fläche wurde zunehmend besiedelt, die Innenstädte liefen leer. Es waren die Zeiten geburtenstarker Jahrgänge und die Zeit, als geburtenstarke Jahrgänge Familien gründeten. Heute haben wir eine gegenläufige Entwicklung. Die geburtenstarken Jahrgänge sind in die Jahre gekommen, der demographische Wandel ist da: Es werden weniger Menschen in Deutschland, und die werden immer älter. Wenn die Bevölkerung in Deutschland in den nächsten 50 Jahren um 12 bis 17 Millionen Menschen abnimmt, wird dies insbesondere die ländlichen Regionen vor besondere Herausforderungen stellen. Die Entwicklung sei schon da: Weniger Menschen im Dorf bedeuten, dass dem Kaufmann die Kunden, dem Arzt die Patienten und der Schule schon lange die Schüler fehlen. Erst schließt die Schule, dann der Kaufmann und die Arztpraxis. Hinzu kommt der Fachkräftemangel, so dass sich auch Betriebe umorientieren. Eine Teufelsspirale, unter der die ländlichen Räume leiden.
Es geht darum, dass die Menschen ihre ländliche Heimat auch in Zukunft als lebenswert empfinden und dort bleiben. Es geht um die Zukunft der Unternehmen, die dafür notwendige Infrastruktur, auch um die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Liebing: „Unser Grundsatz und Ziel ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Es geht nicht um ein Gegeneinander, sondern um einen fairen Interessenausgleich und darum, die besonderen Probleme der ländlichen Regionen zu lösen.

Auf dem Kongress wurden insbesondere die Anforderungen der Infrastruktur diskutiert von den Verkehrsanbindungen an die großen Zentren über den ÖPNV bis zum schnellen Internet. Es kann nicht sein, dass in Städten bereits Übertragungsraten von 100 und 200 MBit/Sekunde ausgebaut werden und in ländlichen Räumen gibt es nach wie vor weiße Flecken, die noch nicht einmal 1 MBit/Sekunde haben! Diese Entwicklung ist besonders kritisch für den Wahlkreis Nordfriesland und Dithmarschen.
Weitere Themen des Kongresses waren die gesundheitliche Versorgung, die Zukunft der Landwirtschaft, auch im Zusammenhang mit den Chancen der Energiewende und einer dezentralen Energieerzeugung, die Potenziale des Tourismus auf dem Lande, und die Rolle der Kommunen, die gerade in ländlichen Räumen immer mehr Leistungen kommunaler Daseinsvorsorge erbringen müssten. Dafür sei eine bessere Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg notwendig.

Die Ergebnisse des Kongresses werden in der Koalitionsarbeitsgruppe „Zukunft der ländlichen Räume“ ausgewertet und sollen in den Abschlussbericht einfließen, den die Koalitionsfraktionen am 26. Juni entgegennehmen sollen.

Bundeswehr-Reform in Nordfriesland und Dithmarschen

Nach der Bekanntgabe des neuen Stationierungskonzeptes im Zuge der Bundeswehrreform durch den Bundesminister der Verteidigung Thomas de Maizière, bemühte sich Ingbert Liebing, möglichst frühzeitig für die von der Auflösung betroffenen Verbände, Standorte und militärischen und zivilen Mitarbeiter eine zeitliche Planungssicherheit zu erhalten und in enger Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Bundeswehr und BIMA den Prozess der Konversion positiv mitzugestalten.

<u>Folgende Aktivitäten fanden dazu auf Liebings Initiative hin statt:</u>

- eine persönliche Einweisung in die Infrastruktur der Liegenschaften in Stadum und Leck durch den Kommandeur der Flugabwehrraketengruppe 25 am 22. Februar
- ein Gespräch für das Führungspersonal der Flugabwehrraketengruppe 25 (Stadum/Leck) beim Parlamentarischen Staatssekretär im BMVg Thomas Kossendey am 08. März in Berlin
- eine Informationsveranstaltung mit den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden zur Konversion mit Norbert Brackmann, Berichterstatter der CDU -/CSU-Fraktion im Haushaltsausschuss, dem Vorstandsvorsitzenden der BIMA Jürgen Gehb und Vertretern der Wirtschaftsförderungsgesellschaft NF am 13. März in Husum
- ein persönliches Gespräch mit ParlSts Thomas Kossendey am Rande einer Sitzung des Arbeitskreises Küste am 27. April und
- ein Informationsbesuch des ParlSts Thomas Kossendey in Stadum/Leck am 29. Mai

Durch diese intensive Einbindung der betroffenen Verbände einerseits und der politischen Entscheidungsträger andererseits ist es gelungen, den Prozess der Auflösung von Verbänden und Liegenschaften aktiv mitzugestalten und den betroffenen Kommunen im Hinblick auf die anstehende Konversion die politischen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen und Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen. Liebing wird mit seinen Kontaktmöglichkeiten weiterhin engagiert dazu beitragen, dass dieser Prozess in Nordfriesland als Chance begriffen und zu einem Erfolg geführt wird.
Es ist gut, dass mit der kürzlich von Bundesverteidigungsminister Thomas de Maiziere vorgelegten Feinplanung Klarheit über die Zeitschiene der bereits beschlossenen Standortentscheidungen entsteht. Dies ist gut für die Soldatinnen und Soldaten sowie zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auf diese Klarheit seit längerem warten. Während die Veränderungen in Stadum/Leck bereits sehr frühzeitig greifen, hat Seeth etwas mehr Luft, sich in den nächsten drei Jahren auf den Truppenabzug vorzubereiten. Bereits beim Besuch von Staatssekretär Thomas Kossendey vor zwei Wochen war deutlich geworden, dass jetzt ein intensives Personalmanagement einsetzen muss, um die Interessen der Beschäftigten der Bundeswehr zu wahren. Jetzt kommt es darauf an, die Zeit bis zur endgültigen Standortschließung zu nutzen, um in enger Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Bundeswehr und BIMA den Prozess der Konversion zu gestalten. Dies ist bereits auf einen guten Weg gebracht.

<u>Europäische Tourismusförderung</u>

Die Hoffnung ist berechtigt, dass auch künftig touristische Projekte aus dem Europäischen Förderprogramm EFRE finanziert werden können. Die Bundesregierung setzt sich für dieses Ziel ein und hat nach dem vorläufigen Verhandlungsstand dafür auch Fortschritte erzielt. Im Rahmen einer Bereisung der Arbeitsgruppe Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war die Absicht der EU, künftig keine touristischen Projekte mehr zu fördern, an die Abgeordneten herangetragen worden, die zugesagt hatten, sich für eine weitere Förderung insbesondere der touristischen Infrastruktur einzusetzen. Derzeit finden die Verhandlungen über die nächste Förderperiode ab 2014 statt.
Für Schleswig-Holstein hätte es besonders gravierende Auswirkungen, wenn das Europäische Förderprogramm EFRE touristische Projekte ausschließen sollte. Da das Land Schleswig-Holstein selber kaum über Eigenmittel verfügt, ist der Tourismus gerade hier besonders auf diese Europäische Mitfinanzierung angewiesen.
Tourismusmaßnahmen sollen auch als eigenes Förderziel unter der Investitionspriorität „Beschäftigung“ aufgenommen werden. Demnach könnten Tourismusmaßnahmen einschließlich der Infrastruktur gefördert werden. Voraussetzung sei, dass das regionale Potential genutzt werde und die Maßnahmen Teil einer Entwicklungsstrategie seien.
Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Bundesregierung in ihrem Bemühen, weiterhin touristische Förderung der EU zu ermöglichen. Gerade in unserem Land wissen wir, dass der Tourismus einen hohen Beitrag zur Sicherung und zum Ausbau von Beschäftigung leistet. Deshalb dient die Förderung des Tourismus auch Zielen der EU, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Wirtschaft zu stärken.

Arbeitsgruppen Tourismus und Umwelt zu Gast in Nordfriesland

Die Arbeitsgruppe Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion begann ihre Klausurtagung in Friedrichstadt mit einem Gespräch zusammen mit Touristikfachleuten der Nordsee-Region. In St. Peter-Ording wurde nach Erläuterungen zur touristischen Infrastruktur die neu gestaltete Promenade besichtigt. Die Klausurtagung setzte sich danach mit einem Zwischenstopp am Eidersperrwerk in Lübeck, Sierksdorf und Scharbeutz fort.

Auch die Arbeitsgruppe Umwelt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, deren Mitglied Ingbert Liebing ist, besuchte im Frühling den Wahlkreis von Ingbert Liebing.

Zu Gast in Nordfriesland: Die Arbeitsgruppe Tourismus, deren stellvertretender Vorsitzender Ingbert Liebing ist, hielt im März dieses Jahres die Klausurtagung im schönen Nordfriesland ab.

Das Thema Erneuerbare Energien spielt bei diesem Besuch eine herausragende Rolle, ist Schleswig-Holstein doch Vorreiter in Sachen Windenergie. Dies konnte eindrucksvoll beim Besuch des Bürgerwindparks Ellhöft mit einer 6M-Testanlage und der Auffahrt auf die Gondel der Windmühle verdeutlicht werden. Dabei waren die Mitglieder der AG beeindruckt von der großen Akzeptanz der Erneuerbaren Energien in Nordfriesland und Dithmarschen. Dies zeigte sich auch in entsprechenden Fachgesprächen zum Netzausbau, Speichertechnologien und der Wertschöpfung für die Region. Nicht zuletzt standen aber auch Themen wie Küsten– und Naturschutz auf dem Programm.

Tourismuspolitik in Berlin: Jugendtourismus soll gefördert werden

In der letzten Berliner Sitzungswoche findet der von Ingbert Liebing federführend betreute Antrag zum Kinder– und Jugendtourismus seinen Abschluss. Der Bundestag hat den Antrag im Plenum beschlossen. In seiner Rede im Plenum dazu betonte Liebing, wie wichtig die Förderung dieser für den Tourismus bedeutenden Zielgruppe ist. Wer schon als Kind oder Jugendlicher positive Erfahrungen macht, kommt auch als Erwachsener gern wieder zurück zu den touristischen Destinationen von damals. Davon könne künftig auch das Tourismusland Schleswig-Holstein nur profitieren.

Welche Bedeutung der Kinder- und Jugendtourismus in Deutschland hat zeigen entsprechende Zahlen: Sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht, wenn man allein an über 10 Millionen Übernachtungen in Jugendherbergen mit einer Wirtschaftsleistung von etwa 1 Milliarde Euro denkt, aber auch hinsichtlich der sozialen und pädagogischen Bedeutung für junge Menschen. Ein wichtiges Ziel für den Kinder- und Jugendtourismus ist eine bessere Vernetzung der Akteure. Darauf geht der Antrag ein und dies wollen wir unterstützen, z. B. auch durch einen Aufbau einer gemeinsamen Internetplattform „Jugendtourismus in Deutschland“. Es geht aber auch um die Qualifizierung, um Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch der ehrenamtlichen Helfer im Kinder - und Jugendtourismus. Auch das schwierige Thema von Sexualität und sexueller Gewalt wird darin angesprochen, das aber leider in der Vergangenheit spektakulär negative Schlagzeilen gemacht hat. Gerade dies ist ein wichtiger Aspekt in der Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter im Jugendbereich. Hier müssen wir die Sensibilität aller Beteiligten schärfen und die Initiativen, die es ja bereits dankenswerter Weise gibt, unterstützen.

Ein wichtiges Thema ist auch die Vernetzung von Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendhilfe und Schulen. Und der Antrag thematisiert die Einsatzmöglichkeiten des neuen Bundesfreiwilligendienstes in jugendtouristischen Einrichtungen: Der Bundesfreiwilligendienst hat sich als Ersatz für den ausgelaufenen Zivildienst als wahres Erfolgsmodell herausgestellt und kann gerade für jugendtouristische Einrichtungen neue Perspektiven bieten.

Stand und Herausforderungen der Energiewende

Die Mitglieder des Arbeitskreises Küste der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dessen Vorsitzender Ingbert Liebing ist, trafen mit dem Präsidenten der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, zusammen. Die Sitzung wurde genutzt, um den Stand der Umsetzung der Energiewende gemeinsam zu erörtern und die Herausforderungen zu diskutieren. Insbesondere wurde dabei der Handlungsbedarf beim Aus- und Umbau der Stromnetze in Norddeutschland diskutiert.
Die Westküste Nordfrieslands ist bereits in den Planungen für eine 380 KV-Leitung vorgesehen.
Die Neuausrichtung der Energieversorgung ist mit Blick auf die Erneuerbaren Energien ein Gewinn für den Norden. Dazu gehört aber auch zwingend, den unangenehmen und kritischen Netzausbau zu realisieren. Als großer Stromproduzent im Bereich der Erneuerbaren Energien ist der Norden wie auch die Bundesnetzagentur ein zentraler Akteur bei der erfolgreichen Umsetzung der Energiewende. Der Präsident der Bundesnetzagentur machte deutlich, dass es sich bei der Energiewende um ein Generationenprojekt handele, das langfristig angelegt sei und stets im Gesamtzusammenhang betrachtet werde müsse. Inzwischen haben die vier großen Übertragungsnetzbetreiber den Netzentwicklungsplan vorgelegt. Auf diesem aufbauend wird die Bundesnetzagentur bis zum Herbst einen Bedarfsplan und darauffolgend der Deutsche Bundestag eine Gesetzesinitiative entwickeln, mit dem die großen Trassen gesetzlich festgelegt werden.

Voraussetzung für einen beschleunigten Netzausbau ist, dass Bund, Länder, Netzbetreiber und zivilgesellschaftliche Akteure an einem Strang ziehen und ihre Kräfte bündeln. Hier muss die Kooperation der verschiedenen zuständigen Ebenen zukünftig besser verzahnt werden. Ferner muss durch transparente Verfahren und umfassende Informationsaufbereitung die regionale Akzeptanz sicher gestellt werden. Wichtig ist, dass möglichst frühzeitig in offenen Dialogen mit der Bevölkerung unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden.

Anbindung für Hattstedt/ Horstedt bei neuer B5 nötig

Beim Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer hat sich Liebing dafür eingesetzt, im Zuge des Ausbaus der B5 die Planung zu korrigieren und eine bessere Anbindung für Hattstedt/ Horstedt vorzusehen.

In einem Brief an den Bundesverkehrsminister unterstützte er einen Brief der Bürgermeisterin der Gemeinde Horstedt, Karen Hansen, die in ihrem Brief viele gute Gründe dafür dargelegt hatte, die Anbindung der K2 Richtung Hattstedt/Nordstrand/ Pellworm nicht über einen Linksabbieger, sondern durch einen Rechtsabbieger und über die vorhandene Brücke der K2 zwischen Horstedt und Hattstedt vorzunehmen. Ein Linksabbieger aus Richtung Süden, der zu Querungsverkehr mit dem aus Norden kommenden Verkehr führt, ist nach Liebings Auffassung ein potenzieller Unfallschwerpunkt, der vermieden werden sollte.
Dies sei möglich über eine Anbindung an die bereits vorhandene Brücke der K2 mit einem Rechtsabbieger aus Richtung Süden. So könnte Querungsverkehr vermieden werden.
Der Linksabbieger im Zuge der neuen B5 geht auf Auflagen des Bundesrechnungshofes zurück, der wegen der in 800 Meter Entfernung bereits vorhandenen Abfahrt nach Horstedt/Drelsdorf bei der K2 keine neue Anbindung für notwendig hält.

Diese Änderung muss auch zu keiner weiteren Zeitverzögerung des Gesamtprojektes führen, da auf der Basis des Planfeststellungsbeschlusses bereits von Norden mit den weiteren Maßnahmen begonnen werden kann und die verbesserte Anbindung in einem vereinfachten Planänderungsverfahren umgesetzt werden kann.

Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
(030) 227 – 71 173
(030) 227 – 76 142
ingbert.liebing@bundestag.de

Ansprechpartner:
Sophie Brachvogel, Silke Stallkamp, Regine Sternebeck
ab 1.Juli: Christopher Peter

Mehr Infos unter:
www.ingbert-liebing.de

Wahlkreisbüro Nordfriesland
Johanna Papke, Katrin Poschkamp, Hannes Fuhrig
Heckenweg 1
25813 Husum
(04841) 90553-15
(04841) 90553-29
ingbert.liebing@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord
Anne Ohlsen
Hamburger Str. 7
25746 Heide
(0481) 34 06
(0481) 53 82
service@cdu-dithmarschen.de